

C:\USER\RS2X4\001\STET0019
Unterabteilungsleiter RS I

11/1 KUNJUN
(A1.0)
AS.1
Bonn, den 25. Januar 1995
Hausruf: 2805

477026

1)

Vermerk

Einh.

RS 1

6.15
2.1

Betr.: Gespräch von Frau Ministerin mit Vorstandsvorsitzen-
dem der EVU am 24.01.1995

Anlg.: - 1 -

Aus dem Gespräch ist folgendes festzuhalten:

Den Schwerpunkt der Erörterungen bildeten Fragen des Energie-
konsenses und dabei der Bereich Kernenergie. Im einzelnen:

1. Grundsätzliche Einstellung zur Wiederaufnahme von Energie-
konsensgesprächen

Dr. Kuhnt (RWE) erklärte unter Zustimmung der anderen EVU
Bereitschaft und Interesse der EVU an Fortführung der Ener-
giekonsensgespräche. Dieser Konsens sei auch aus Sicht der
EVU notwendig. Gründe u.a.: Planungssicherheit, Sicherung
des Industriestandort Deutschland.

Ebenso wie Frau Ministerin sind die EVU der Auffassung, daß
die verschiedenen Teilbereiche (Kohlefinanzierung, Kernenergie,
Energieeinsparung/regenerative Energien) als Paket

...

behandelt werden sollten. Allerdings sei der zeitliche Rahmen wegen der notwendigen Ersatzlösung für den Kohlepfennig sehr eng.

Unter Verfahrensgesichtspunkten betonte Dr. Majewski (Bayernwerk) unter Zustimmung der anderen EVU, daß es nicht notwendig sei - wie bei den damaligen Konsensgesprächen - verschiedene "Ober- und Untergruppen" bzw. Gesprächskreise einzurichten. Die zur Entscheidung anstehenden Fragen seien in der Sache hinreichend vorbereitet.

Im folgenden wurden die Punkte "ungestörter Betrieb" der bestehenden KKW, "Laufzeitbegrenzung", "Entsorgung" sowie "Kernenergieoption" erörtert.

2. Ungestörter Betrieb der bestehenden KKW

EVU betonten, daß "politisch störungsfreier Betrieb" für sie von entscheidender Bedeutung sei; der Anteil der Kernenergie an der Stromerzeugung sei auch künftig unverzichtbar. Farnung (RWE Energie AG) schätzte unter Nennung von Einzelbeispielen den Schaden, der den EVU in diesem Bereich insgesamt entstanden sei, auf 26 Mrd DM ein. Dies müsse sich ändern.

Frau Ministerin legte dar, daß die Bundesaufsicht das ihr mögliche tue.

3. Laufzeitbegrenzung

EVU äußerten sich gegenüber einer Laufzeitbegrenzung für Kernkraftwerke sehr skeptisch. Befürchtung insbesondere, damit ein falsches Signal in Richtung Ausstieg zu geben (Stichwort: "Sterbeliste"; Demotivierung des Personals; Nachwuchsgewinnung).

Frau Ministerin wies demgegenüber darauf hin, daß Laufzeit der KKW aus faktisch-technischen Gründen ohnehin begrenzt sei. Laufzeitregelung könne dementsprechend auch Beitrag zur Förderung der Entwicklung und Bau neuer KKW leisten.

EVU erklärten, Laufzeitbegrenzung sei für sie möglicherweise dann akzeptabel, wenn dies im Rahmen eines akzeptablen Gesamtkonsenses als notwendige Kompromißleistung erachtet werde.

4. Entsorgung

EVU betonten, daß insbesondere das Endlager Konrad dringend gebraucht werde.

Zur Endlagerung von hochaktiven Abfällen wurden aus dem Kreis der EVU differenzierte Auffassungen vertreten:

Dr. Kuhnt (RWE) betonte, daß die Arbeiten in Gorleben weiterlaufen müßten, solange es dafür keine Alternative gebe. Dies sei nicht nur aus Rechts- sondern auch Akzeptanzgründen erforderlich.

Dr. Harig (PreussenElectra) vertrat die Auffassung, daß es genüge, in nächster Zeit die Erkundungsarbeiten (insbesondere Schachtabteufen) noch abzuschließen. Dann könne im Sinne eines "Moratoriums" über einen längeren Zeitraum (10 Jahre) die Arbeit auf "Labortätigkeit" untertage reduziert werden. Auch aufgrund der durch das Artikelgesetz ermöglichten direkten Endlagerung sei ein betriebsfähiges Endlager vor 2030 ohnehin nicht erforderlich. Während der Zeit des "Moratoriums" könnten alternative Standorte "gutachtlich" erkundet werden; erst danach sei die konkrete Standortentscheidung notwendig. Das Endlager Gorleben sei für MP Schröder ein "Dollpunkt".

Frau Ministerin stellte unter Zustimmung der EVU Einigkeit über nationale Lösung des Endlagerproblems fest. Hier müßten weiter Fortschritte erzielt werden. Wenn die EVU der Auffassung seien, daß dieses Problem durch Private besser gelöst werden könne, dann sei es möglich, diese Aufgabe den EVU zu übertragen.

EVU erklärte, die externen Zwischenlager für hochaktive Abfälle konkret nutzen zu wollen. Der Transport des Castor-Behälters von Philippsburg nach Gorleben solle durchgeführt werden. Weitere Transporte nach Gorleben würden folgen. Differenzierend betonte Dr. Harig (PreussenElectra) seine Besorgnis, daß selbst bei eindeutiger Rechtslage zugunsten des Transportes des Philippsburgs-Castors je nach Verlauf ein erheblicher Schaden auch für die (EVU-)Branche entstehen könne.

Frau Ministerin erklärte, Entscheidung über Transport des Castor-Behälters sei Sache der EVU.

Anmerkung:

Dr. Harig legte beiläufig dar, daß Frau Griefahn damals vor der Niedersachsen-Wahl versprochen habe, daß der Castor-Transport nach der Wahl problemlos nach Gorleben erfolgen könne, diese Zusage jedoch nicht eingehalten habe.

5. Kernenergieoption

EVU erklärten Bereitschaft, das gemeinsame deutsch-französische EPR-Projekt auch weiterhin zu unterstützen. Für die nächsten 2 - 3 Jahre stehe die Basic Design-Phase an. Hierfür bringen die deutschen bzw. französischen Projektträger jeweils 100 Mio DM auf. Eine konkrete Bereitschaft, den EPR zu einem bestimmten Zeitpunkt zu bauen, könne derzeit jedoch nicht erklärt werden. Entscheidungsbedarf für neue Kraftwerke bestehe nicht vor Mitte des nächsten Jahrzehnts. Die Entscheidung über den Bau eines neuen Reaktors hänge davon ab, ob dieser im Vergleich zu einem mit Importkohle betriebenen konventionellen Kraftwerk wirtschaftlich vertretbar sei, wie auch davon, ob für den Bau ein politischer Grundkonsens vorhanden sei.

Die von MP Schröder in den früheren Konsensgesprächen ins Spiel gebrachte "2/3-Entscheidung" des Parlaments ist aus Sicht der EVU nicht akzeptabel; Frau Ministerin äußerte zu diesem Vorschlag ebenfalls durchgreifende Skepsis.

...

477031

6. Energieeinsparung/Erneuerbare Energien

EVU erklärten ihr Interesse an diesem Bereich und Bereitschaft, ihren Beitrag zu leisten, ohne diesen allerdings zu konkretisieren.

7. Kernkraftwerke in MOE und NUS

EVU beurteilen ihre Möglichkeiten, hier konkreten Beitrag etwa bei Errichtung neuer (westlicher) KKW wie auch bei Nachrüstung vorhandener KKW zu leisten, sehr zurückhaltend. Dr. Majewski (Bayern-Werk) wies zum konkreten "Mohovce-Projekt" (Slowakei) auf erhebliche Schwierigkeiten hin.

h₂ 251